

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Ratgeber

Pestizidfreie Kommunen



Titelbild, S.2: Mit freundlicher Genehmigung der Universitätsstadt Tübingen

Wir verzichten auf Pestizide, für... „den Schutz von Umwelt und Gesundheit sowie für (...) mehr biologische Vielfalt (...): Lebensraum für Insekten und Tiere, Bindung von Feinpartikeln, Regelung des Stadtklimas.“
Luxemburg (Stadt)

1	Flächenpflege ohne Pestizide	3
2	Biologische Vielfalt und Pestizide	5
3	Alternativen zum Pestizideinsatz	7
4	Zusammenarbeit mit allen Beteiligten	10
5	Welche Kosten sind zu erwarten?	11
6	Beispiele für „Pestizidfreie Kommunen“	12
7	Beschlussvorlage „Gemeinde und Städte ohne Pestizide“	14
8	BUND-Forderungen	15

1 Flächenpflege ohne Pestizide

In vielen unserer Städte und sogar in Dörfern sind Kräuterwiesen, Wildblumen und damit Schmetterlinge und Bienen verschwunden. Aber nicht nur dort: Weltweit ist die biologische Vielfalt in Gefahr. Pestizide tragen wesentlich zu dieser Entwicklung bei. Direkt, weil sie schädlich für viele Pflanzen und Tiere sind und indirekt, indem sie Lebensräume zerstören. Gleichzeitig gefährden sie die menschliche Gesundheit. Ob auf öffentlichen Flächen oder im privaten Garten, alle können in ihrer Kommune einen Beitrag leisten, dem Rückgang der biologischen Vielfalt etwas entgegen zu setzen.

Ein kompletter Verzicht auf Pestizide im kommunalen Bereich ist möglich, ohne die Pflichten der Gemeinde zu vernachlässigen. Dazu liegen umfassende Erfahrungen vor. Auf der Basis einer sinnvollen Planung, mit alternativen Verfahren und mehr Toleranz für Gräser und Wildblumen im öffentlichen Raum verzichten Städte wie Münster und Saarbrücken seit zwanzig Jahren auf Spritzmittel. Und sie sind mittlerweile nicht mehr die einzigen.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat Erfahrungen dieser „pestizidfreien“ Gemeinden gesammelt. Die gewonnenen Erkenntnisse sind Grundlage dieser Broschüre. Sie sollen helfen, einen Verzicht auf Pestizide auch in Ihrer Gemeinde möglich zu machen. Sie finden praktische Tipps, beispielsweise zu Pflegekonzepten und alternativen Verfahren, sowie eine Kontakt- und Materialliste. Anhand von Beispielen zeigen wir, was Kommunen bei einem Verzicht auf Pestizide beachten sollten.

„Langfristige Pflegekonzepte fehlen häufig, und der vorbeugende Wegebau als Instrument der indirekten Vegetationskontrolle wird oft nur unzureichend genutzt.“
Julius-Kühn-Institut



Foto: Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Münster



Foto: Änder Erpelding, mit freundlicher Genehmigung der Stadt Luxemburg

„Bereits bei der Planung muss darauf geachtet werden, dass die befestigten Verkehrsflächen dem Bedarf entsprechend dimensioniert werden.“
Münster, seit 1989 pestizidfrei.

Um die Vermeidung von Pestiziden in den Kommunen zu erreichen sind viele Aspekte zu berücksichtigen.

Schönheitsideal hinterfragen (Kapitel 3)

- Toleranz gegenüber begrünten Flächen

Bei der Planung von Flächen späteren Bewuchs berücksichtigen (Kapitel 3)

- Vermeidung breiter und überflüssiger Gehwege
- Flächen mit geringem Fugenanteil anlegen
- Kein Unterbau mit Boden, der Wildkrautsamen enthält

Rückbau und Umgestaltung von Flächen (Kapitel 3)

Erstellen eines Pflegekonzepts (Kapitel 3)

- Toleranzgrenzen für Wildkrautbewuchs festlegen
- Flächenabstufungen vornehmen

Einsatz alternativer Verfahren (Kapitel 3)

Zusammenarbeit mit allen Beteiligten (Kapitel 4)

- Gemeinde-/Stadtrat motivieren
- Personal einbeziehen
- Bevölkerung sensibilisieren

2 Biologische Vielfalt und Pestizide

Die biologische Vielfalt ist die Grundlage unseres Lebens: Wir brauchen Bienen, damit wir im Herbst Früchte ernten können, Wiesen als Lebensraum für Insekten, Bäume und Sträucher, um die Luft sauber zu halten. Aber natürlich auch um ihrer selbst Willen sind Tier- und Pflanzenarten schützenswert. Mit rasantem Tempo verlieren wir unseren Artenreichtum, auch in Deutschland.

Gerade auch unsere Städte und Dörfer bieten verschiedenste Lebensräume für viele Tiere und Pflanzen. Aber Pestizide sorgen dafür, dass sie nach menschlichem Geschmack „ordentlich“ aussehen und zerstören damit wichtige Biotope. Sie töten jedoch nicht nur die Zielorganismen, sondern sind auch eine Gefahr für andere Pflanzen und Tiere sowie den Menschen.

Ein Beispiel ist das häufig eingesetzte Herbizid Glyphosat. Lange galt Glyphosat als unbedenklich. Mittlerweile bringen unabhängige Studien Glyphosat mit chronischen Erkrankungen, Störungen des Hormonsystems, Geburtendefekten sowie Krebs und Parkinson in Verbindung. Auch für die biologische Vielfalt stellt Glyphosat ein hohes Risiko dar: Die Bodenfruchtbarkeit wird zerstört, wenn Wildpflanzen fehlen und damit der Boden vor Erosion nicht mehr geschützt ist und Nützlinge keinen Lebensraum mehr haben. Auch wichtige Bodenpilze (Mykorrhiza-Pilze) werden zerstört, die bei vielen Pflanzen das Wachstum fördern. Zudem werden zunehmend schädliche Einflüsse auf Wasserorganismen beobachtet. So kann Glyphosat das Wachstum von Algen fördern, die negative Auswirkungen auf die menschliche und tierische Gesundheit haben können. Amphibien sind besonders gefährdet, da ihre dünne und durchlässige Haut den Stoff scheinbar besonders gut eindringen lässt. Bei Froschembryonen wurden Missbildungen selbst bei niedrigen Mengen von Glyphosat beobachtet.

Glyphosat ist mittlerweile weit verbreitet: Es wurde in hohen Konzentrationen in Oberflächengewässern, im Grundwasser, in Lebensmitteln und auch im menschlichen Urin gefunden. Die Anwendung auf kommunalen Flächen trägt dazu bei. Der Einsatz glyphosathaltiger Mittel auf versiegelten Flächen ist nur mit einer Ausnahmegenehmigung möglich, bei Nähe zu Kanalisation oder Gewässern zusätzlich nur mit bestimmten Anwendungsverfahren. Aber auch dann kann nicht verhindert werden, dass der Stoff in die Umwelt gelangt: Abschwemmung, defekte Geräte, fehlende Sachkunde der Anwender, mangelndes Entfernen der Pflanzenreste oder nicht Nichteinhalten der Anwendungsaufgaben sind Gründe dafür.

Um den Verlust der biologischen Vielfalt aufzuhalten, müssen wir endlich umdenken. Viele Kommunen verzichten heute bereits auf Pestizide oder haben den Einsatz reduziert. Andere engagieren sich im Rahmen des Bündnisses „Kommunen für die biologische Vielfalt“.

Mehr unter: www.kommunen-fuer-biologische-vielfalt.de

Wichtig ist, dass ein Pestizidverzicht auch politisch gewollt ist. „Ein politisches Umdenken in Richtung „saubere Stadt“ führte zum erneuten Einsatz von Pestiziden.“ Cuxhaven, 1993 – 1998 pestizidfrei.



Foto: Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Kleve



Foto: Änder Erpelding, mit frdl. Genehmigung der Stadt Luxemburg



Foto: Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Kleve



Foto: Mit freundlicher Genehmigung des Julius-Kühn Instituts

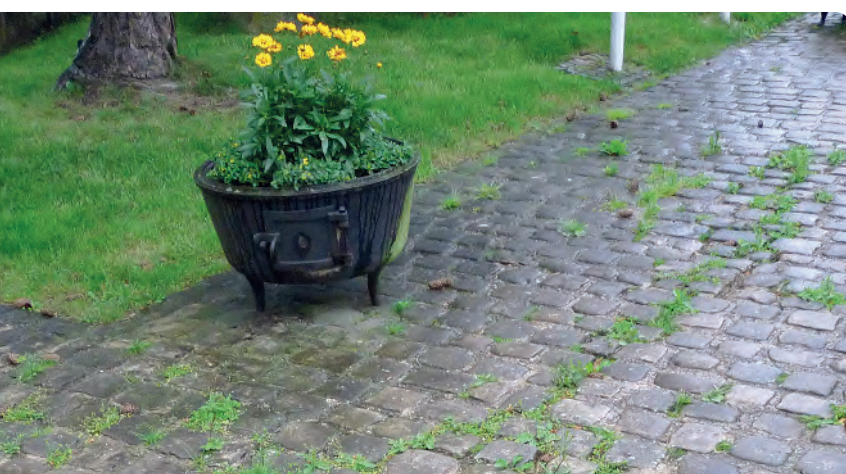


Foto: Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Betzdorf



Foto: Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Betzdorf

Bilder von links oben nach unten: Einbau des Materials „Hansegrand“ in Baumscheiben in Kleve. Das Material trocknet schnell aus und lässt so weniger Bewuchs zu. Mitte: Baumscheibe, herkömmliche Gestaltung. Unten: Wildkräuter im Kopfsteinpflaster in Betzdorf. Bilder rechts von oben nach unten: Naturnaher Spielplatz mit Wildkräutern. Mitte: Begrünter Schallschutz. Unten: Begrünte Natursteinmauer in Betzdorf.

3 Alternativen zum Pestizideinsatz

Gründe für den Verzicht auf Pestizide gibt es viele, aber existieren auch Alternativen? Ja, die gibt es! Nicht nur alternative Verfahren, auch eine sinnvolle Bauplanung, ein gutes Pflegekonzept und ein verändertes Schönheitsideal für öffentliche Flächen sorgen dafür, dass auf Pestizide verzichtet werden kann.

Schönheitsideale hinterfragen

Wie „ordentlich“ muss eine Fläche aussehen? Welche Flächen dürfen in Ihrer Kommune „grüner“ werden? Stören Gräser am Straßenrand das Stadtbild? Kommunen profitieren in vielerlei Hinsicht von mehr Grünflächen: Sie wirken als Schadstofffilter, dämpfen hohe Temperaturen und verringern Verkehrslärm. Öffentliches Grün erhöht den Erholungswert und bietet Lebensraum für zahlreiche Tiere und Pflanzen.

Eine höhere Toleranz gegenüber Wildkräutern macht den Verzicht auf Pestizide einfacher und sieht nicht automatisch „unordentlich“ aus.

Luxemburg (Stadt)

Sinnvolles Bauen

Bereits bei der Bauplanung kann auf die Gestaltung der Wege und Flächen geachtet und damit späterer ungewollter Bewuchs verhindert werden. Die bebaute Fläche sollte möglichst klein gehalten werden. Zudem spielt das Baumaterial eine wichtige Rolle. Die Fugenbreite sollte nur so breit wie nötig sein.

Die Umgestaltung von Flächen kann erheblich dazu beitragen, die Pflege zu erleichtern. Die Stadt Kleve setzt auf die Sanierung von Flächen mit Materialien wie Kalkstein, die den Wildkrautbewuchs eindämmen.

Ein differenziertes Nutzungskonzept sorgt dafür, dass Flächen nur so oft gepflegt werden müssen wie für ihre Nutzungsart notwendig. Entsprechend ihrer unterschiedlichen Nutzung können Abstufungen der Flächen vorgenommen werden. Ein Beispiel: Die Stadt Köln hat eine Kategorisierung entwickelt, die die Flächen nach Toleranzgrenzen für Wildkrautbewuchs einstuft.

Kategorie	Beispiel	Prozent
Flächen mit herausragender Bedeutung	die Fläche vor dem Kölner Dom	0 bis 1 Prozent
Flächen mit mittlerer Pflegeintensität	Geschäftsstraßen	1 bis 5 Prozent
Flächen mit geringerer Pflegeintensität	Wohngebiete	5 bis 20 Prozent

Quelle: Köln: Kategorisierung von Flächen www.jki.bund.de/fileadmin/dam_uploads/_A/FT_Unkraeuter/13-Wirths.pdf, S. 21f

Bei der Erstellung eines Pflegekonzeptes sollten unter anderem folgende Kriterien berücksichtigt werden:

- ein flächenspezifisches Vorgehen,
- die Auswahl der Pflegeverfahren,
- die Anzahl der Pflegegänge,
- die Auswirkungen auf Maschinen und Personal.

Alternative Verfahren

Es gibt eine Reihe mechanischer und thermischer Bekämpfungsmöglichkeiten von Wildkräutern, die gut auf einander abgestimmt sein sollten.

„Mit modernen Methoden kann Unkrautbewuchs auf Pflastern und Wegen auch ohne chemische Pflanzenschutzmittel zuverlässig bekämpft werden.“ Landwirtschaftliches Technologie Zentrum Augustenberg

Mechanische Verfahren gehören zum Standard jeder Kommune. Zum Einsatz kommen Kehrmaschinen, Mähgeräte, Freischneider, Absaugsysteme, Fugenkratzer und nicht zuletzt das gute alte Handjäten.

Thermische Verfahren stellen beispielsweise auf Splitt- und Kiesflächen, aber auch auf Pflasterflächen eine weitere Pflegemöglichkeit dar. Neben Abflamm- und Infrarotgeräten werden Geräte angeboten, die mit heißem Schaum, Dampf oder Wasser arbeiten.



Foto: Norbert Schmitzler

- **Heißluftgebläse** töten Wildkräuter und tieferliegende Wurzeln durch intensive Hitze. In den Niederlanden gibt es umfassende Erfahrungen mit dieser Technik. In Deutschland ist beispielsweise die Stadt Münster zufrieden mit dem Heißluftbrenner „Ecoflame“. Anbieter: Tüchel Maschinenbau GmbH, Salzbergen www.tuechel.com und Weed Control, Niederlande www.weedcontrol.nl (deutschsprachige Website)

- **Heißwasser- und Heißschaumgeräte** töten überirdische Pflanzenteile und die oben liegenden Wurzeln durch heißes Wasser ab. Der Schaum dient zur Isolierung und soll eine schnelle Abkühlung verhindern. Anbieter: ELMO GmbH, Rheine www.flaechenpflege.de und ipros – Industrie-Produkte-Service-GmbH, Iserlohn www.ipros.de



Foto: Douwe de Winter, wave Europe

- **Heißschaumgeräte** wurden von Kommunen als effizient, aber auch teuer beurteilt. BürgerInnen haben häufig Bedenken, da der weiße Schaum auf PassantInnen „chemisch“ und damit gefährlich wirkt. Angeboten werden die Geräte „waipuna“ oder „ELMOTherm“ Anbieter: ELMO GmbH, Rheine www.flaechenpflege.de und Waipuna www.waipuna.com
- **Heißwasser-Heißdampfgeräte** wie „geysir“ oder „weedcleaner“ werden zunehmend eingesetzt. Über 100° C heißes Wasser wird auf die Pflanzen gebracht, so dass das Zelleiweiß zerstört wird. Im Freistaat Sachsen wurden gute Erfahrungen damit gemacht. Anbieter: OMK – Ihr Dienstleister, Loitsche-Heinrichsberg www.flaechenpflegekonzept.de und OMS GmbH, Schwäbisch-Hall www.die-oms.de und Firma Korpis, Brake www.korpis.de

- Die **Heißwasser-Methode** findet bei Kommunen zunehmend Zuspruch. Das heiße Wasser tötet obere Pflanzenteile und tiefer liegende Wurzeln ab. Beispielsweise setzen Bielefeld, Recklinghausen und Lünen das „wave“ Verfahren ein.

Anbieter: Max Holder GmbH, Metzingen www.max-holder.com und Wave Europe, Niederlande www.waveunkrautbekaempfung.de

- **Abflammgeräte** erwärmen Pflanzen kurzfristig mit 50–70° C, so dass die Pflanzen absterben. Abflammgeräte stellen bei nicht sachgemäßer Anwendung eine Feuergefahr dar.

Anbieter: Reinert Metallbau GmbH, Weidenbach www.abflammtechnik.de

- **Infrarotgeräte** erhitzen den Pflanzenzellkern auf mehr als 50° C. Dies führt zu dessen Absterben und somit zur Schädigung der Pflanze. Bei Infrarotgeräten wurden das unsichtbare Ergebnis, die schweren Maschinen und die gesundheitlichen Bedenken für die Anwender durch Kommunen kritisiert.

Anbieter: Vollmer Metallbau, Waiblingen www.vollmer-metallbau.de und AgroComTech GmbH, Österreich www.agrocomtech.at

Wichtig ist „die Möglichkeit auf alternative/mechanische Hilfsmittel und Geräte zurückgreifen zu können, deren Einsatz unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten den gleichen Effekt erzielen.“ Bielefeld, teilweise pestizidfrei.

Weitere Informationen zu alternativen Verfahren finden Sie beispielsweise unter:

- Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen: www.landwirtschaftskammer.de/landwirtschaft/pflanzenschutz/genuehmigungen/unkrautohnechemie/index.htm
- Die Universität von Kopenhagen hat 2004 eine Studie veröffentlicht, in der fünf alternative Wildkraut-Behandlungsmaßnahmen verglichen werden. Der Einsatz heißen Wassers wurde am besten bewertet, ähnlich gut wurden heiße Luft und heißer Dampf eingestuft. Die Studie „Wave: 100 Prozent Wasser gegen Unkraut“ kann auf der BUND Seite unter www.bund.net/themen_und_projekte/chemie/pestizide/pestizidfreie_kommune/ herunter geladen werden.
- KommunalTechnik. Zeitschrift für das technische Rathaus. Vergleiche alternativer Verfahren. [www.waveunkrautbekaempfung.de/pdf/Kommunal Technik_Unkrautbekaempfung.pdf](http://www.waveunkrautbekaempfung.de/pdf/Kommunal_Technik_Unkrautbekaempfung.pdf)
- Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie. Erfahrungsberichte zu thermischen Verfahren. www.jki.bund.de/fileadmin/dam_uploads/_A/FT_Unkraeuter/09-Dittrich.pdf



Foto: ELMO gmbH

4 Zusammenarbeit mit allen Beteiligten

Einbeziehung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Gemeinsam mit dem Personal, das für die Grünflächenpflege zuständig ist, sollte bereits auf der Planungsebene und vor Beginn von Baumaßnahmen, der Anschaffung neuer Maschinen oder der Erstellung eines neuen Pflegekonzepts, eine umfassende Bestandsaufnahme durchgeführt werden.

Dazu können beispielsweise folgende Fragen dienen:

- Welche Flächen können umgestaltet werden?
- Welche Wildkrautarten müssen bekämpft werden?
- Welche Pflanzen können durch krankheitsresistente Arten ersetzt werden?
- Welche Maschinen wurden bisher genutzt? Wie gut ist das Personal geschult?
- Wie stehen der Gemeinde-/Stadtrat zu einem Pestizidverzicht?

Sowohl die Verwaltung als auch der Stadt-/Gemeinderat kann einen Verzicht auf Pestizide initiieren. In Tübingen wurde auf Bestreben der Verwaltung auf Pestizide verzichtet. In Saarbrücken gab es einen Stadtratsbeschluss. Beide Varianten funktionieren gut. Einen Musterantrag für den Stadt-/Gemeinderat finden Sie auf Seite 13.

Sensibilisierung der Bevölkerung

Die Erfahrungen pestizidfreier Gemeinden zeigen, dass ein Teil der EinwohnerInnen mit „unordentlichen“ und „schlecht gepflegten“ Flächen nur schwer leben kann. Die Bevölkerung sollte auch aus diesem Grund frühzeitig mit einbezogen werden.

Die Stadt Luxemburg hat zum Beispiel den Verzicht auf Pestizide mit umfassender Öffentlichkeitsarbeit verbunden. So wurden praktische Merkblätter erarbeitet, wie auch Informationsabende und Stadtbesichtigungen angeboten, die für die Veränderungen in der Ästhetik des Gemeindebildes sensibilisieren sollen.

Eins muss im Vorhinein klar sein: Auch wenn die Kommune viel Wert auf Aufklärung und Beteiligung legt, Unzufriedene wird es immer geben! Mit ihnen muss man lernen umzugehen.

„Es gibt zahlreiche Bürger, die eine effektivere Bekämpfung von „Unkraut“ sowohl in Blumen- als auch Baumbeten fordern.“
Beetzdorf (Siegen)

5 Welche Kosten sind zu erwarten?

Der Einsatz von Pestiziden ist im Vergleich zu alternativen Verfahren oft kostengünstiger. Dies zeigen die Erfahrungen verschiedener Kommunen, die auf Pestizide ganz oder teilweise verzichten. Personalaufwand und Maschineneinsatz sind höher. Zudem steigt der Energiebedarf vor allem beim Einsatz von thermischen Verfahren.

Allerdings können anfallende Kosten erheblich reduziert werden: In manchen Grünanlagen, wie beispielsweise Parks, kann durch eine weniger intensive Pflege Arbeitserleichterung mit einem Gewinn an biologischer Vielfalt verknüpft werden. Ein stimmiges Pflegekonzept sorgt dafür, dass Flächen nur so viel gepflegt werden wie nötig.

Zudem muss berücksichtigt werden, dass eine sichere Anwendung von Pestiziden, wie beispielsweise von glyphosathaltigen Mitteln, ebenfalls personalintensive Maßnahmen erfordern. Dazu zählen: die umfassende Schulung des Personals, ein Flächenmonitoring vor der Antragstellung einer Ausnahmegenehmigung, die Nachbearbeitung der Flächen mit mechanischen Geräten und ein Flächenmonitoring nach der Bearbeitung. Auch diese Aspekte gibt es bei der Berechnung der Kosten zu berücksichtigen.

Kostenbeispiele

In **Bielefeld** wurde das Heißwassergerät „wave“ angeschafft. Die Quadratmeterkosten kalkuliert die Stadt mit 7 Cent.

Recklinghausen gibt an, mit 11 – 13 Cent pro Quadratmeter beim Einsatz von „wave“ zu rechnen. Die Anschaffungskosten für ein Gerät „wave“ belaufen sich nach Herstellerangaben auf 9.950 Euro für ein kleines bis zu 89.500 Euro für ein großes Profi-Gerät. Andere Methoden wie das Abflämmen von Wildkräutern sind mit höherem Zeit- und zum Teil auch Kostenaufwand verbunden als der Einsatz des „wave“ Gerätes.

Münster hat 2012 die Heißluftwalze „Ecoflame“ gekauft. Ein Gerät für einen Schlepper kostet 25.000 Euro. Die Kosten pro Quadratmeter sind nach Aussage der Stadt geringer als bei allen anderen Alternativverfahren.

„Kosten können reduziert werden durch die Umgestaltung von Flächen, z.B. den Rückbau in Rasenflächen oder Schotterrassen.“
**Landwirtschaftskammer
Nordrhein-Westfalen**



6 Beispiele für „Pestizidfreie Kommunen“



Foto: Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Münster

„Die Heibluftwalzen funktionieren besser als alle anderen Alternativverfahren.“ Stadt Münster

Pestizide einsetzen. Diese Flächen werden heute von 135 MitarbeiterInnen ohne Pestizide betreut, 1990 waren es ca. 150 Personen. Die Bekämpfung der Wildkräuter geschieht mit verschiedenen alternativen Verfahren: zwei Wildkrautbürsten für den Schlepperbetrieb, zwei handgeführte Wildkrautbürsten, zwei handgeführte Infrarotgeräte, acht „Brenner“ sowie Freischneider und Schuffeleisen. Nach einer achtwöchigen Testphase 2011 wurden 2012 auch zwei Heibluftwalzen „Ecoflame“ neu angeschafft. Die Erfahrungen mit der Technik sind gut.

Pestizidfrei seit 1989: Münster

In Münster werden seit 1989 keine Pestizide auf allen städtischen Flächen und den Flächen der Tochtergesellschaften eingesetzt. Im selbstbindenden Stadtratsbeschluss heißt es: „... verzichten die Stadt Münster, städtische Gesellschaften und durch die Stadt verwaltete Stiftungen auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ...“

Obwohl die Flächenpflege schwieriger und teurer ist als zuvor und sich die von der Stadt Münster zu pflegenden Flächen von 1990 bis 2011 mehr als verdoppelt haben, möchte die Stadt nicht wieder



Foto: Mit freundlicher Genehmigung der Universitätsstadt Tübingen

„Neue DIN-Rasenflächen sind sehr viel anfälliger für Wildkräuter als die vorherigen Rasenarten.“ Stadt Tübingen

Stadtverwaltung sehr viel anfälliger für z.B. Klee oder Breitwegerich sind als die bisher vorhandenen Sportplätze.

Die Stadtverwaltung hat über die Obst- und Gartenbauvereine sowie die Kleingartenvereine Informationen über biologischen Pflanzenschutz an die Bevölkerung verteilt. Auch auf Privatgrundstücken sollen möglichst keine Pestizide mehr eingesetzt werden.

Weniger Pestizide in Tübingen

In Tübingen wurde ab Mitte der 90er Jahre auf Initiative der Verwaltung auf den Einsatz von Pestiziden durch städtische Ämter verzichtet. Einen Stadtratsbeschluss dafür gibt es nicht.

Nur auf Rasenplätzen werden seit 2010 zum Teil wieder Pestizide eingesetzt, da neue nach DIN-Norm angelegte Rasenflächen nach Aussagen der

Saarbrücken: 20 Jahre ohne Pestizide

Saarbrücken verzichtet bereits über 20 Jahre auf Pestizide sowohl auf Kultur- wie auf Nicht-Kulturland. Eine Ausnahme sind Rasensportflächen. Hier werden selektive Herbizide eingesetzt. Der Pestizidverzicht gilt für alle kommunalen Flächen auch bei Verpachtungen. Ein selbstbindender Stadtratsbeschluss ist die Grundlage für die drastische Reduktion des Pestizideinsatzes.

Es existieren die verschiedensten Formen des Wegebbaus in Saarbrücken. Auf begangenen Wegen ist der Pflanzenwuchs kein Problem. Thermische Verfahren wurden ausprobiert, aber nicht weiter genutzt. Die Steine würden zerstört und die Abtötung der Pflanzen funktioniere nur oberflächlich, so die Meinung der Grünanlagenpfleger. Auf Bürgersteigen wird gemäht oder manuell gepflegt. Erfahrungen werden mit anderen Kommunen geteilt: 2010 organisierten KollegInnen der Stadt Luxemburg eine Exkursion in die Stadt zu diesem Thema.

Foto: Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Saarbrücken



„Bei großen Bürgersteigen wird ein Teil ausreichend begangen, so dass der Pflanzenwuchs unterdrückt wird. Der andere Teil wird gemäht oder manuell gepflegt.“
Stadt Saarbrücken



Städtenetzwerk „QuattroPole“: Einladung zu Besichtigungen

Im Rahmen des Luxemburger Projekts „...ohne Pestizide“ ist das Städtenetzwerk QuattroPole entstanden. Die Städte Luxemburg und Metz (Frankreich) sowie Saarbrücken und Trier bieten Fachexkursionen an, um anderen Kommunen von Ihren Erfahrungen zu berichten.

Zahlreiche Gemeinden in Luxemburg zeigen, dass bei der Pflege von Grünflächen auf Pestizide verzichtet werden kann. In mindestens zehn Gemeinden werden keine Pestizide mehr eingesetzt, in fünfzehn weiteren ist der Pestizideinsatz stark reduziert. Ein Drittel der Gemeinden in Luxemburg hat eine politische Absichtserklärung im Gemeinderat verabschiedet, dass zukünftig keine Pestizide eingesetzt werden sollen.

- ➔ Weitere Informationen: Ecologique. Das Umweltmagazin der Stadt. Die Öffentlichkeit überzeugen. Zu bestellen bei: relationspubliques@vdl.lu

Foto: Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Luxemburg



Wichtig sind „klare Leitlinien in enger Zusammenarbeit mit dem Personal vor Ort.“ Luxemburg (Stadt), seit 2010 pestizidfrei.

7 Beschlussvorlage „Gemeinden und Städte ohne Pestizide“

Beschlussvorlage „Gemeinden und Städte ohne Pestizide“ zur Vorlage für den Gemeinde- bzw. Stadtrat

Der Gemeinde- / Stadtrat von » «
entscheidet in seiner Sitzung vom » «, dass die Gemeinde / Stadt:

1. sich dafür einsetzt, auf allen kommunalen Flächen – auf Kultur- sowie Nicht-Kulturland – auf den Einsatz von Pestiziden zu verzichten. Da ein vollständiger Verzicht meist erst nach und nach umgesetzt werden kann, wird zu Beginn insbesondere in der Nähe von Kinderspielflächen, Schulen und Kindergärten auf den Einsatz von Pestiziden verzichtet.
2. private Dienstleistungsunternehmen, die den Auftrag zur Pflege öffentlicher Flächen erhalten, ebenfalls zu einem Pestizidverzicht verpflichtet.
3. der Bevölkerung die neuen Maßnahmen durch Öffentlichkeitsarbeit näher bringt, um Beschwerden wegen angeblich „schlecht gepflegter“ Flächen zuvorkommen.

Begründung

1. Die biologische Vielfalt ist weltweit in Gefahr, auch in Deutschland. Pestizide tragen erheblich zu diesem Verlust bei. Gerade unsere Städte und Dörfer bieten verschiedenste Lebensräume für viele Tiere und Pflanzen.
2. Pestizide verschmutzen Gewässer, Böden, Futter- und Lebensmittel. Pestizide können weltweit auch in entlegenen Gebieten nachgewiesen werden.
3. Pestizide gefährden unsere Gesundheit. Das häufig eingesetzte Herbizid Glyphosat wird mittlerweile mit chronischen Erkrankungen, Störungen des Hormonsystems, Geburtdefekten sowie Krebs und Parkinson in Verbindung gebracht.
4. Pestizide gefährden unsere Umwelt. Sie zerstören die Bodenfruchtbarkeit, sind schädlich für Wasserorganismen und haben negative Auswirkungen auf Bienen und andere Insekten sowie Vögel und Säugetiere.
5. Die Pflege öffentlicher Flächen ist mit alternativen Verfahren ohne den Einsatz von Pestiziden möglich. Die Pflichten der Kommune müssen dadurch nicht vernachlässigt werden. Dies zeigen Kommunen wie Münster, Saarbrücken, Tübingen und andere, die seit vielen Jahren ohne Pestizide arbeiten.

Wichtig ist die
„Verwendung krankheits-
resistenter Pflanzen“.
Trier, pestizidfrei

8 BUND-Forderungen

an Kommunen:

- Verzichten Sie in Ihrer Kommune auf den Einsatz von Pestiziden. Nutzen Sie alternative Verfahren.
- Setzen Sie sich in Ihrer Kommune für einen Verzicht auf Pestizide ein. Überzeugen Sie Mitarbeiter der Verwaltung, politische Vertreter und Mitarbeiter, die für die Pflege der kommunalen Flächen zuständig sind, von der Möglichkeit auch ohne Pestizide arbeiten zu können.
- Strenge Kontrolle des verbleibenden Einsatzes von Pestiziden.
- Nutzen Sie die Erfahrungen anderer Kommunen. Sprechen Sie uns an, wir stellen gerne Kontakte her.

an das Bundeslandwirtschaftsministerium:

- Pestizide sind strenger und auch auf Langzeitwirkungen zu prüfen.
- Kombinationswirkungen beim Einsatz mehrerer Pestizide und subletale Effekte (die nicht direkt zum Tode führen) müssen innerhalb der Zulassung mitgetestet und in die Prüfung integriert werden.
- Die Öffentlichkeit ist über die Aus- und Nebenwirkungen des Einsatzes von Pestiziden zu informieren und
- eine regelmäßige Überprüfung des sach- und fachgerechten Einsatzes von Pestiziden ist vorzunehmen und Verstöße sind streng zu ahnden.

„Der Einsatz auf nicht versiegelten Flächen erscheint wegen der Versickerungsmöglichkeit der Pestizide fraglich (...). Auf versiegelten Flächen ist ein Einsatz in aller Regel kaum lohnenswert, da sich hier ohnehin kaum Unkraut oder ähnliches bildet“.
Betzdorf (bei Siegen),
pestizidfrei.

BUND zu Biologischer Vielfalt und Pestiziden:

www.bund.net/biologische_vielfalt

www.bund.net/pestizide

Kontakte

Stadt Münster

Klemensstraße 10, 48127 Münster
Jürgen Staubach: (0251) 492 67 18,
E-Mail: staubacJ@stadt-muenster.de

Umweltberatung Lëtzebuerg a.s.b.l.

4, Place de l'Europe, L-1499 Luxembourg
Nils Leches: Tel.: (+352) 2478 6832,
E-Mail: leches@ebl.lu

Stadt Saarbrücken

Nassauer Straße 4, 66111 Saarbrücken
Nick Weiser-Folz: Tel.: (0681) 9 05 14 73,
E-Mail: Nick.weiser-folz@saarbruecken.de

Luxemburger Projekt „...ohne Pestizide“ und QuattroPole:

www.environnement.public.lu/sanspesticides
oder Koordinator Nils Leches: Tel.: (+352)
2478 6832, E-Mail: leches@ebl.lu

Stadt Tübingen

Am Markt 1, 72070 Tübingen
Hans-Peter Kern: Tel.: (07071) 2 04 24 74,
E-Mail: hans-peter.kern@tuebingen.de
Luxemburg



- 1: Plakat „Das Schweigen der Lerchen“
- 2: Flyer „Unseren Wald vor Pestiziden schützen“
- 3: Flyer „Bienensterben stoppen“
- 4: Postkarten „Vögel retten ...“
- 5: Buch „Das Ende der Artenvielfalt“
29,95 € (Best-Nr.: 39 323)
www.bundladen.de
- 6: Flyer „Vögel retten“
- 7: Postkarten „Frösche retten“,
„Kröten retten“, „Unken retten“
- 8: Flyer „Frosch & Co retten“

Hier können Sie die Flyer und Postkarten herunterladen und bestellen: www.bund.net/pestizide_materialien

Wir würden gerne noch mehr für Sie tun. Studien, Ratgeber, Lobbyarbeit und Aktionen haben ihren Preis.

Der BUND ist die Umweltorganisation in Deutschland, die sich dafür einsetzt, Mensch und Natur vor giftigen Chemikalien zu schützen. Unterstützen Sie unsere Arbeit dauerhaft – damit wir noch mehr für sie tun können. Werden Sie noch heute BUNDmitglied – www.bund.net/mitgliedwerden

Unterstützen Sie uns mit einer Spende!

BUND e.V. Kennwort: Gegen Gift

Spendenkonto: 232

Sparkasse Köln/Bonn

BLZ 370 501 98

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Fotos (von oben nach unten): Doris Bauer, mit freundlicher Genehmigung der Stadt Luxemburg - Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Münster (2 und 3) - Mit freundlicher Genehmigung der Stadt Saarbrücken



Impressum

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) · Friends of the Earth Germany · Am Köllnischen Park 1 · 10179 Berlin
Tel.: 030/27586-40 · Fax: 030/27586-440 · www.bund.net · Text: Tomas Brückmann, Patricia Cameron, Katja Vaupel, 2013
V.i.S.d.P.: Dr. Norbert Franck · Gestaltung: Claudia Gunkel, N & U GmbH · Druck: Z.B.I. · Berlin 2013

Förderhinweis: Diese Publikation wurde finanziell vom Bundesumweltministerium und vom Umweltbundesamt gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben und für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Weitere Infos über Chemiepolitik finden Sie unter www.bund.net